

Viel Land für wenig Strom

Vernichtung von Agrarland und Bauernhöfen durch Photovoltaik

In der Wilhelmshavener Zeitung wurde am 14. November auf der ersten Seite über den Bau einer Photovoltaikanlage im Ortsteil Voslapp mit für den Laien beeindruckenden Zahlen berichtet. Der verstaatlichte Energiekonzern Uniper – ohne die Aktionäre zu entschädigen – will 25.500 Photovoltaik-Module auf rund 14 Hektar montieren. Pro Jahr sollen dort 17.500 Megawattstunden (17,5 Millionen kWh) Strom gewonnen werden. Doch ist das wirklich beeindruckend? Dazu sollte man ein wenig rechnen.

Viel Fläche für geringe Leistung

Die Anlage mit 20 Megawatt (MW) installierter Leistung leistet im Jahresmittel nur 2 Megawatt. Die Leistung schwankt zwischen null in der Nacht und 14 MW an wolkenlosen Sommertagen. Sie ist unplanbar und kann nur abgeregelt oder exportiert werden. Auf die gleiche Fläche passt das Kohlekraftwerk Wilhelmshaven mit einer plan- und regelbaren Leistung von mehr als 700 MW. Für 1 Hektar (10.000 m²) Photovoltaik liegt die mittlere Leistung bei 140 Kilowatt (kW). Diese Leistung liefern Mittelklasse-PKWs, die nur einen Stellplatz von 10 m² brauchen. Zur Rechnung: 17.500 MWh Jahreserzeugung, geteilt durch 8.760 Jahresstunden, ergeben eine mittlere Jahresleistung von 2 MW für die Anlage. Pro Hektar sind es 140 kW.

Hohe Kosten für geringe Leistungen

Zu den Kosten der Anlage wurden keine Angaben gemacht. Der Richtwert für auf Feldern montierte Photovoltaikanlagen ist 0,5 Millionen Euro pro installierten Megawatt. In Voslapp müssen 20 MW Leistung für 10 Millionen Euro installiert werden, denn Photovoltaik-Anlagen liefern als mittlere Leistung nur 10 % der installierten Leistung. Kraftwerke leisten dagegen ihre installierte Leistung jederzeit und können kurzfristig sogar 10 % überlastet werden. Kraftwerke kosten nur 40 Prozent von Photovoltaikanlagen pro MW immer verfügbarer Leistung.

Photovoltaik wird nur durch Subventionen rentabel

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) garantiert eine Einspeisevergütung für Solarstrom von rund 7 Ct/kWh. Unter der Annahme, dass die jährlichen Finanzierungs- und Betriebskosten 10% der Investitionen betragen, wird der Strom für 5,7 Ct/kWh erzeugt. Das ist ein Bruttogewinn von 225.000 Euro/Jahr für den Betreiber, der über 20 Jahre gesetzlich garantiert wird. Die Kosten und Probleme zur Entsorgung der Anlage nach der Vergütungszeit werden missachtet. Sie kommen auf den Grundstückseigentümer zu, denn der Betreiber wird ohne Einspeisevergütung insolvent.

Subventionen für Solarstrom zerstören Agrarbetriebe

Wird Weizen auf einer Fläche von 14 Hektar angebaut, werden 21.000 Euro Erlöst. Dazu kommen noch Agrar-Subventionen der EU nach umfangreichen und für den Laien unverständlichen Regelungen, die nochmals die gleiche Summe erreichen können. Mit Ackerland werden nur rund 20 % des Bruttogewinns von Freiflächen-Photovoltaik Erlöst. Von diesem Erlös müssen noch die Betriebskosten des Hofes bestritten werden.

Die Pachten für Ackerland liegen bei 300 bis 400 Euro/Hektar. Etwa 2/3 der landwirtschaftlichen Flächen sind Pachtland von den Höfen, die in den letzten Jahrzehnten aufgegeben wurden. Die Flächen mit 30 bis 40 Hektar waren zu klein, um die benötigten Maschinen auszulasten. Sie wurden von Nachbarbetrieben gepachtet, die so eine wirtschaftliche Größe von 100 bis 150 Hektar erreichen. Doch mit den hohen Einspeisesubventionen sind Photovoltaik-Anlagen auf Feldern viel lukrativer. Dafür werden Pachten bis zu 3000 Euro/Hektar gezahlt.

Als Folge dieser Politik werden viele landwirtschaftliche Betriebe in die Insolvenz getrieben. Denn die Verpächter werden Pachten an Photovoltaik-Betreiber bevorzugen. Damit steigen ihre Pachteinahmen

von 10.000 auf 100.000 Euro/Jahr. Diese Möglichkeit wird kaum einer ausschlagen. Wenn dem Pächter dann ein Drittel seiner Anbaufläche genommen wird, ist die Auslastung seiner Maschinen zu gering. Er geht Pleite. Diese zwangsläufige Entwicklung dürfte den grünen Energiewende-Politikern wohl unbekannt sein.

Schwankender Solar- und Windstrom verursacht hohe Kosten

Mit der Fortführung der Energiewende werden unsere Ernährungsbasis und unsere Wirtschaft geschwächt, weil der Strom wird mit jeder weiteren Solar- und Windstromanlage teurer wird. Dieser vom Wetter abhängige, stark schwankende Strom muss von Kraftwerken auf den Bedarf geregelt werden. Die Regelkosten für unser Stromnetz sind durch die Energiewende von 100 Millionen Euro jährlich auf über 4.000 Millionen angestiegen. Für die Überbrückung von Dunkelflauten werden teure Speicher gebraucht. Beim Speichern gehen rund 30 % des Stroms verloren. Überschüssiger Wind- und Solarstrom, der teuer vergütet wurde, muss verschenkt oder sogar unter Zuzahlung (negative Börsenpreise) exportiert werden, um das Stromnetz zu stabilisieren. Das war in 2024 mehr als 400 Stunden der Fall. Nach Medienberichten sollen inzwischen 30 % des gelobten grünen Stroms diesen Weg gehen. Die Kosten erhöhen kräftig den Strompreis, den der Kunde bezahlen muss. Nur ein Ende der Energiewende kann Abhilfe schaffen.

Solaranlagen-Betreiber nutzen die Umverteilung von unten nach oben

Doch dazu besteht wenig Hoffnung. Wir haben inzwischen mehr als 5 Millionen Solarstromanlagen, vorwiegend Kleinanlagen auf Dächern. Die Betreiber rechnen sich einen Vorteil aus. Das dürfte auch der Fall sein, wenn der Strom selbst genutzt wird und nur in der dunklen Jahreszeit Netzstrom bezogen wird. Viele Solarstrombetreiber glauben, sie würden zum Stromsparen und damit zur Weltklimaretung beitragen. Das ist falsch. Das gesamte Stromnetz mit Regelkraftwerken muss bereitstehen, damit sie bei Bedarf jederzeit Strom aus dem Netz ziehen können. Sie zahlen aber mit ihrem geringeren Netzstromverbrauch für das Netz viel weniger als der Normalkunde. Auch die Exportkosten des von ihnen eingespeisten Überschussstroms werden auf alle Stromkunden umgelegt. Für den Solarstrombetreiber wird der Strom billiger, für die vielen Normalkunden, die keine Mittel für eine Solaranlage haben, wird der Strom teurer. Es ist eine Umverteilung von unten nach oben.

Regierung geht mit der Energiewende auf Stimmenfang

Die Regierung unter Merz propagiert und subventioniert weitere Solarstromanlagen trotz steigender Überschussmengen, deren Entsorgung immer teurer wird. Das ist keine sinnvolle Energiepolitik. Sie wird allerdings verständlich, wenn man davon ausgeht, dass die Betreiber von Solaranlagen Profiteure der Energiewende sind. Diese Profiteure werden die Parteien wählen, die für die Energiewende sind. Kanzler Merz will mit seiner CDU die Energiewende ohne Einschränkungen weiter treiben. Seine Politik, die Zahl der Solaranlagen weiter zu erhöhen, soll mehr Solarprofiteure zu CDU-Wählern machen.

Profiteure in der AfD

Auch in der AfD gibt es Betreiber oder Teilhaber von Wind- und Solaranlagen. Entweder scheinen sie zu glauben, Strom aus Sonne und Wind sei gesamtwirtschaftlich sinnvoll und helfe, das Klima zu schützen. Oder aber sie wollen an den Energiewendesubventionen auch persönlich teilhaben. Andere stimmen als Ratsmitglieder in Kommunen für Windgeneratoren, um die Gemeindefinanzen aufzubessern. Der Staat besticht die Gemeinden. Sie erhalten von jeder erzeugten Kilowattstunde aus Wind auf ihrem Gebiet 0,5 Cent. Verwaltungen wie Ratsherren ist wohl unbekannt, dass Windgeneratoren und Photovoltaik die Stromkosten immer weiter in die Höhe treiben. Windgeneratoren und Photovoltaikanlagen sind keine Wertschöpfung, sondern Vernichtung von Volksvermögen.

Viele andere Staaten haben das erkannt und wenden sich wieder den Kohlenwasserstoffen und nuklearen Brennstoffen zu. Denn nur sichere und preiswerte Energie kann einen Fortschritt bringen. Bald dürfte die Bundesrepublik Deutschland das letzte Land sein, das die Energiewende in den wirtschaftlichen Abgrund weitreibt.

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel

Diese Pressemitteilung ist für jedermann frei verfügbar.